

Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik – eine Betrachtung aus liberaler Sicht

Beschlossen von der 25. Bundesdelegiertenversammlung
am 9. und 10. Oktober 2009 in Berlin.

1. In der angebrochenen Zeit von ökonomischer Globalisierung, weltweiter kommunikativer Vernetzung, sichtbarer Migrationsbewegungen nicht nur Leistungsträger, sondern gerade auch der flexiblen jüngeren Bevölkerung genügen die tradierten Instrumente kommunaler Wirtschaftspolitik alleine nicht mehr den Anforderungen an einen sich verschärfenden Standortwettbewerb. Aus der klassischen kommunalen Wirtschaftsförderung in ihrer Fokussierung auf den eigentlichen Unternehmensstandort wird zunehmend eine komplexe, vernetzte, integrierte Standortpolitik.

Kommunale Standortpolitik, gerade in Deutschland und Europa, wird sich zunehmen neben den „harten“ Faktoren vergangener Jahre mit den „weichen“ Standortkriterien zu beschäftigen haben. Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Bildung, Kultur, Freizeit, Gesundheit und Familie sind Faktoren, die es in einem Standortwettbewerb gerade auf unserem rohstoffarmen Kontinent in Europa wesentlich stärker zu beachten gilt. Kommunale Standortpolitik muss Wohnen, Arbeiten, Ausbildung und Kommunikation, ganz einfach das vernetzte Leben mit dem Arbeitsstandort, der Erwerbseinkommen ermöglicht, in einen Kontext bringen. Im Zuge der demographischen Entwicklung wird der Wettbewerb um Leistungsträger und den flexiblen Teil der Bevölkerung in Deutschland und Europa an Intensität zunehmen. Lebensstandorte werden sich nach Lebenschancen und Lebensumständen entwickeln, die offensichtliche Migration von Region zu Region, innerhalb Deutschland und zum Teil innerhalb Europas, wird sichtbar zunehmen. Hinzu kommt eine darüberhinausgehende Akquisitionspolitik zahlreicher Einwanderungsländer, bei denen die kulturellen und sprachlichen Hemmschwellen bewusst und selektiv verringert werden.

2. Der aufkommende Standortwettbewerb beschränkt sich nicht auf die lokale oder regionale Struktur. Er bekommt überregionale und globale Züge. Kommunale

Wirtschaftspolitik im klassischen Sinne ist an ihre Grenzen gekommen. Sie definiert sich zunächst in der lokalen Verantwortlichkeit. Im Kontext der globalen Entwicklung ist sie längst nur noch ein Teilaspekt einer großräumigen Entwicklungsszenarie.

Daher ist es notwendig, Überlebensstrategien unter Berücksichtigung aller dieser Faktoren zum Gegenstand einer kommunalen Standortpolitik zu machen. Diese Strategie können sich in kommunalen Gemeinde- und Stadtentwicklungskonzepten ausdrücken. Sie dürfen aber nicht auf die Kommunen und die lokale Dimension begrenzt bleiben. Kommunale Standortpolitik muss die Region aus dem Blickwinkel überregionaler, ja globaler Zusammenhänge definieren. Sie hat der technischen Innovation, der kommunikativen Vernetzung und der tatsächlichen Mobilität der Menschen zu folgen.

Kommunale Standortpolitik erfordert, wenn sie erfolgreich sein will, eine interkommunale, eine regionale und eine überregionale Komponente.

Die Schlussfolgerung für jede Kommune muss daher sein, dass sie

- 1) eine Selbstdefinition in Struktur und Identität findet,
- 2) ihre Zugehörigkeit und ihre Rolle in einer Region definiert,
- 3) konsequent die selbstdefinierte Rolle in Abstimmung mit regionalen und überregionalen Strukturen vertritt und
- 4) in engagierter Wahrnehmung der lokalen Verantwortung für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie die gewerbliche Wirtschaft die globalen Zusammenhänge der Standortsicherung und die dazu notwendigen Entscheidungen erläutert.

Weltabgewandtes Kirchturmdenken wird genauso eine schwere Zukunft haben wie vermeintlich kosmopolitisches Ignorieren des lokalen Verantwortungsbereichs. Kommunale Wirtschaftspolitik ist heute alle Lebensfacetten umfassende lokale Standortpolitik, eingebettet in die regionalen und überregionalen Strukturen.

Kommunale Standortpolitik muss daher politisch gesehen horizontal und vertikal vernetzt sein. Kommunale Selbstverwaltung und lokale Autonomie sind in Zukunft nur unter Betrachtung des komplexen Gesamtzusammenhanges definierbar.

3. Liberale Kommunalpolitik muss daher Anstoß geben, kommunale Selbstverwaltung im Kontext von technischem Wandel, kommunikativer Vernetzung, Migration und Globalisierung fortzuentwickeln. Hierzu sind kommunale Entwicklungskonzepte in Abstimmung mit regionalen und überregionalen Zusammenhängen zu erstellen, den Bürgerinnen und Bürger in politischer Kommunikation zu präsentieren und zur Identifikation zu präsentieren und zur Identifikation im lokalen Lebenskreis als Leitbild zu beschließen.
4. Die Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker regt in allen Kommunalparlamenten diese Diskussion an, schafft eine kommunikative Basis mit den Bürgerinnen und Bürger und definiert die Zukunftsanforderungen an die lokale Gemeinschaft, um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu stärken.